

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



Fiskalpakt weiterer Baustein für solide Haushaltspolitik

Bundestag debattiert über Umsetzung europäischer Vereinbarungen – Schäuble zieht positive Zwischenbilanz

Der Deutsche Bundestag nahm an diesem Donnerstag das parlamentarische Verfahren für die neue europäische Stabilitätsarchitektur auf. Bis zur Sommerpause soll über ein Gesetzespaket zur Schaffung einer Stabilitätsunion entschieden werden. Der Bundesfinanzminister zog in der Debatte eine positive Zwischenbilanz, was die Bewältigung der Schuldenkrise in der Euro-Zone angeht. Grundsätzlich seien die Maßnahmen auf europäischer Ebene als „Hilfe zur Selbsthilfe“ angelegt. Die Anpassungsprogramme in den jeweiligen Ländern seien daran gekoppelt. „Es führt kein Weg daran vorbei, dass wir in den betroffenen Ländern die Krise bekämpfen müssen durch eine Reduzierung der Defizite und eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit“, betonte Schäuble. Die Programme funktionierten in Portugal und Irland. Spanien und Italien hätten wichtige Schritte zur Konsolidierung gemacht, stellte der Finanzminister fest. Er zeigte sich überzeugt, dass auch Griechenland mit dem erreichten Schuldenschnitt die Chance auf tragfähige Staatsfinanzen habe. Mit dem angestrebten Fiskalpakt werden in allen 17 Ländern der Euro-Zone und acht weiteren EU-Staaten verbindliche Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild eingeführt.

Bundestag und Bundesrat müssen dem entsprechenden Vertragsgesetz mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zustimmen. Die Umsetzung der innerstaatlichen Schuldenbremsen wird durch ein Klageverfahren beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) sichergestellt. Klagen werden bei Überschreitung des Defizitkriteriums aus dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zukünftig quasi automatisch eingeleitet. Die vom EuGH identifizierten Schuldensünder müssen ein Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm mit konkreten Strukturreformen auflegen, das dann von Rat und EU-Kommission genehmigt und überwacht wird. Schäuble betonte, es gebe dank der neuen Instrumente nun „viel stärkere Möglichkeiten, früher einzugreifen“. Europa sei nun auf dem Weg zu einer wirklichen Stabilitäts- und Wachstumsuni-

on. Dem dauerhaften Rettungsschirm, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), werden alle Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets angehören. Das maximale Ausleihvolumen des ESM beträgt 500 Milliarden Euro. Durch einen völkerrechtlichen Vertrag soll der ESM als internationale Finanzinstitution begründet und mit einem Stammkapital von 700 Milliarden Euro ausgestattet werden, heißt es im Gesetzentwurf zur finanziellen Beteiligung am ESM. Davon sollen 80 Milliarden Euro bar eingezahlt werden und 620 Milliarden Euro aus abrufbarem Kapital bestehen. Die Anteile der Mitgliedstaaten werden entsprechend ihrem jeweiligen Anteil am Kapital der Europäischen Zentralbank ermittelt. Danach ist die Bundesrepublik Deutschland mit rund 27 Prozent, also 21,72 Milliarden Euro an Bareinlagen und 168,3 Milliarden Euro an abrufbarem Kapital beteiligt. Das einzuzahlende Kapital soll in Teilbeträgen bereitgestellt werden. Die in diesem Jahr anfallende Tranche soll durch einen Nachtragshaushalt in Höhe von rund 8,4 Milliarden Euro bereitgestellt werden, den das Kabinett bereits verabschiedet hat.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sprach von einem „ganz besonderen Tag im deutschen Parlament“. Mit ESM und Fiskalpakt würden zwei Gesetze in den Bundestag eingebracht, die für die Stabilität der gemeinsamen Währung und die Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung seien, sagte Kauder. Er appellierte an die Oppositionsfraktion, ihre Verantwortung für Europa nicht politischem Kalkül unterzuordnen, sondern die Aufgaben anzunehmen, die sich aus der europäischen Staatsschuldenkrise ergeben. Der Fraktionsvorsitzende kritisierte die SPD-Opposition scharf. In Richtung seines Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier sagte der Fraktionsvorsitzende: „Sie in der SPD haben ein großes Problem, zwischen staatspolitischer Verantwortung und parteipolitischem Kalkül zu entscheiden.“ Der offene Streit in der SPD über die weitere Vorgehensweise sei problematisch und kein gutes Signal für Europa.

Saarland legt vor

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, hat Annegret Kramp-Karrenbauer und der CDU Saar sehr herzlich zum Wahlerfolg gratuliert. Kramp-Karrenbauer habe mutig gehandelt, als sie sich zum Wohle des Landes für Neuwahlen entschieden habe. Dieser mutige Weg habe die Wählerinnen und Wähler überzeugt. Mit dem Wahlergebnis und der Bildung einer Großen Koalition unter CDU-Führung werde es nun stabile Verhältnisse im Saarland geben. Auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zu Beginn dieser Sitzungswoche Annegret Kramp-Karrenbauer zur gewonnenen Wahl im Saarland gratuliert. Frau Kramp-Karrenbauer wird auch künftig Ministerpräsidentin an der Saar sein. Nach dem Auseinanderbrechen der bisherigen Koalition standen die Saarländerinnen und Saarländer vor der Wahl, wer die neue Regierung anführen soll. Die Wähler haben sich eindeutig für die CDU entschieden. Ebenso erfreulich ist, dass die Linke deutlich verliert und so die Quittung für ihre oftmals weltfremden Forderungen erhalten hat. Die Menschen wissen, dass auf Pump kein Staat zu machen ist. Beendet wurde auch der Höhenflug der Grünen, die gerade noch halb so viele Mandate errungen haben wie die Piraten. Gesiegt hat der Wunsch nach verlässlichen und stabilen politischen Verhältnissen.

Weg frei für den Abbau der kalten Progression

In zweiter und dritter Lesung stand an diesem Donnerstag der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines „Gesetzes zum Abbau der kalten Progression“ auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, inflationsbedingte und "nicht gewollte Steuerbelastungen" abzubauen und die Steuerzahler um insgesamt sechs Milliarden Euro zu entlasten. Zur Begründung heißt es, im System des progressiv gestalteten Einkommensteuertarifs profitiere der Staat von systembedingten Steuereinnahmen, die über den Effekt der kalten Progression entstehen würden. Es solle jedoch verhindert werden, "dass Lohnerhöhungen, die lediglich die Inflation ausgleichen, zu einem höheren Durchschnittssteuersatz führen". Daher ist eine stufenweise Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags in **zwei Schritten** zum 1. Januar 2013 auf 8.130 Euro und zum 1. Januar 2014 auf 8.354 Euro (insgesamt plus 350 Euro) vorgesehen. Die Anhebung orientiert sich an der voraussichtlichen Entwicklung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums. Auch der Tarifverlauf soll prozentual wie der

Grundfreibetrag um 4,4 Prozent angepasst werden. Ohne Anpassung des Tarifverlaufs käme es durch die alleinige Anhebung des Grundfreibetrags bei konstantem Eingangsteuersatz zu einer nicht gewollten "Stauchung" des Tarifs innerhalb der ersten Progressionszone und damit zu einem Anstieg der Progression, wird erläutert. In der Begründung des Gesetzentwurfs verweist die Bundesregierung auf die positiven Ergebnisse des Arbeitskreises Steuerschätzungen. Dessen Prognosen würden für die nächsten Jahre den Spielraum eröffnen, den Bürgern in zwei Schritten inflationsbedingte Mehreinnahmen in einem Volumen von sechs Milliarden Euro zurückzugeben und das "im vollen Einklang mit der konsequenten weiteren Umsetzung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse". So werde sichergestellt, dass der Staat nicht von Lohnerhöhungen profitiere, denen keine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zugrundeliege. "Verbunden damit ist das klare Bekenntnis, bewusst nicht auf progressionsbedingte Mehreinnahmen aus einer Inflation zu setzen, um aus der Verschuldung herauszuwachsen", versichert die Regierung. Im Verhältnis zur gezahlten Steuer soll die Entlastung der unteren Einkommensgruppen am größten sein. Mit dem Gesetz wird die verfassungsrechtliche Vorgabe für das steuerfreie Existenzminimum umgesetzt. Der Ball liegt jetzt beim Bundesrat. Blockieren die Länder jetzt den Gesetzentwurf, so ginge dies vor allem zu Lasten der Beschäftigten mit niedrigeren Einkommen.

Stärkung des Innovationsstandortes Deutschland

Mit dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP „Wachstumspotenziale der Digitalen Wirtschaft ausschöpfen – Den Innovationsstandort Deutschland stärken“ werden die positiven Beiträge von Internet und digitaler Wirtschaft zu Innovation, Wachstum und Beschäftigung hervorgehoben. Die Koalitionsfraktionen unterstützen die Bundesregierung dabei, den Digitalisierungsprozess weiter zu befördern und zu ordnen, damit die faszinierenden Möglichkeiten des Internets am Standort Deutschland voll erschlossen werden können.

Zitat:

«Manchmal ist es ganz gut, wenn man nur Bankchef, und nicht Politiker ist.»
(Der Vorstandsvorsitzende der KfW Bankengruppe, Ulrich Schröder, am Mittwoch in Frankfurt zur Frage, ob er den Kredit für Schlecker befürwortet.)

In eigener Sache

29.03.2012 Praktikantennotiz

Diese Woche wird das Berliner Büro von Josef Rief gleich von vier Praktikantinnen unterstützt. Neben der aus den USA stammenden und am internationalen Parlamentsstipendium teilnehmenden Sonia Khan und der in Berlin beheimateten Studentin Dominika Fellner sind diese Woche auch die beiden BOGY's (Berufsorientierung am Gymnasium) Mona Gödje und Ellen Pleschke aus dem Wahlkreis zu Besuch. Gemeinsam erkunden sie nicht nur ihre verschiedenen Kulturen und Mentalitäten, sondern sie haben auch die Möglichkeit den Alltag eines Abgeordneten hautnah mitzuerleben. Darüber hinaus bietet sich ihnen am Ende dieser Woche auch die seltene Gelegenheit den ersten Staatsbesuch des mongolischen Präsidenten in Europa aus nächster Nähe zu verfolgen. Eine durchaus interkulturelle Woche in Berlin.



Darüber hinaus bietet sich ihnen am Ende dieser Woche auch die seltene Gelegenheit den ersten Staatsbesuch des mongolischen Präsidenten in Europa aus nächster Nähe zu verfolgen. Eine durchaus interkulturelle Woche in Berlin.

29.03.2012 Pressemitteilung

Für Familien und gegen „grüne und rote“ Anträge im Bundestag zur Verhinderung des geplanten Betreuungsgeldes - Josef Rief MdB: „Wahlfreiheit für Eltern muss gegeben sein.“

Berlin. Der heimische Bundestagsabgeordnete Josef Rief (CDU) stimmt am Donnerstag ganz klar gegen Anträge aus der Opposition, die sich gegen das geplante Betreuungsgeld richten.

"Die Ansicht, das Geld sei eine Art Fernbleibeprämie, kann ich nicht nachvollziehen", so der Vater von drei Kindern. "Wie und wie lange es sinnvoll ist, für den Nachwuchs daheim zu bleiben, oder eben nach jahrelanger Ausbildung nicht auf ein Berufsleben außer Haus verzichten zu wollen, sollte doch jedes Elternteil für sich entscheiden können." Druck dahingehend, den Nachwuchs schon in jüngsten Jahren zur Betreuung und Erziehung allein in öffentliche Hände geben zu müssen, sei aus christdemokratischer Sicht undenkbar. Ab dem Jahre 2013 wird es einen Rechtsanspruch für alle Kinder auf einen Krippenplatz geben, für Rief ist es daher nur folgerichtig, eine finanzielle Anerkennung zugunsten derer zu schaffen, die sich bewusst für eine Kinderbetreuung daheim entscheiden.

"Die zunächst geplanten 100 € pro Monat und Kind sind sicherlich keine große Summe, aber dennoch ein Ausweis von Verteilungsgerechtigkeit und erleichtert vielleicht sogar die Entscheidung für ein zweites oder drittes Kind."

Hintergrund: Die Regierungskoalition wird ab dem Jahr 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von zunächst 100 Euro für das zweite und ab dem Jahr 2014 in Höhe von 150 Euro für das zweite und dritte Lebensjahr des Kindes einführen.

25.03.2012 Leistungsschau in Oberessendorf

Bei der Leistungsschau der Betriebe aus Oberessendorf konnte Josef Rief am vergangenen Wochenende die hervorragenden Leistungen der örtlichen Unternehmen begutachten. Neben vielen anderen besuchte Rief die Firmen Claas, Zimmermann Stahlbau, Mühlshlegel Baustoffe sowie BeWo.

Auf dem Foto: Josef Rief am Stand von BeWo Betonelemente mit Geschäftsführer Josef Kessler.

